kämpfung des Alkoholismus. Alle auf dem Boden der Enthaltsamkeit stehenden Organisationen sollen aufgenommen werden.

* **Frankfurt a. M.**, 19. Juli. Nach den bisherigen Feststellungen beträgt die Zahl der am Sonnabend ausgesperrten Zimmerer hier in Frankfurt 358, in Offenbach 83, in Hanau 53, zusammen 494. Auch in Höchst a. M. sind eine Anzahl Arbeiter ausgesperrt worden, die aber keiner Organisation angehören. — Viele Maurer verlassen täglich die Stadt, um außerhalb des Aussperrungsgebietes in Arbeit zu treten. Die Maurer halten am Donnerstag nachmittag im Gewerkschaftshaus eine Versammlung ab.

* **Karlsruhe**, 20. Juli. Der Landtag ist heute in Anwesenheit der Minister und der Mitglieder der Ersten und Zweiten Kammer auf Befehl des Großherzogs durch Staatsminister Brauer geschlossen worden. Nach der Verlesung des großherzoglichen Entschlusses hielt der Staatsminister eine Ansprache, in der er den freundlichen Gruß und fürstlichen Dank des Großherzogs für die andauernde, erfolgreiche Arbeit übermittelte und einen Rückblick auf die Ergebnisse der abgeschlossenen Session warf unter besonderem Hinweis auf die Verfassungsreform. Dieses neue Gesetz verwirkliche, anknüpfend an die Verfassung, die von Anbeginn eingeflößten, durch jede Reform entschiedenen ausgeprägten freiheitlichen Grundsätze und fruchtbaren Gedanken, welche eine wesentliche Erweiterung der Volksrechte bedeuteten, zugleich aber auch eine Gewähr dafür schafften, daß auch die in der Minderzahl befindlichen, für das Volksleben tätigen Kräfte eine ihrer Bedeutung entsprechende Vertretung im Landtage erhalten. Als der Landesherr nach reiflicher Erwägung der Aenderung der Verfassung zugestimmt habe, habe ihn das Vertrauen erfüllt, daß die neuen Rechte in einem auf das Gesamtwohl gerichteten Geiste ausgeübt werden würden. Wenn in den neuen Formen der alte gute Geist erhalten bleibe, werde es der Regierung auch in Zukunft gelingen, mit der nach den neuen Grundsätzen gebildeten Volksvertretung erfolgreich zusammenzuwirken.

Flotte.

* **Schiffsbewegungen:** S. M. S. „Stosch" ist am 19. Juli in Stockholm eingetroffen und geht am 23. Juli von dort nach Bergen in See. S. M. S. „Loreley" ist am 19. Juli in Batum eingetroffen und geht am 24. Juli von dort nach Noworossijsk in See. S. M. S. „Seeadler" ist am 19. Juli und S. M. S. „Hertha" am 20. Juli in Tsingtau eingetroffen. S. M. Tpdbte. „S 90" und „Taku" sind am 19. Juli von Tsingtau nach Wafang in See gegangen. Das 2. Geschwader sowie die 1. Torpedobootsflottille und S. M. SS. „Amazone", „Ariadne", „Medusa", „Frauenlob", „Arcona" und „Niobe" sind am 20. Juli von Helder nach Lerwick (Shetland-Inseln) in See gegangen. S. M. S. „Rhein" ist am 18. Juli in Flensburg eingetroffen und geht am 26. Juli wieder in See. Postitation für S. M. S. „Hyäne" bis auf weiteres Bremerhaven.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

* **Der Streit um die Zivilliste.** Nach einer Meldung der „Voss. Ztg." aus Pest verursacht der langwierige und stürmische Verlauf der Debatte des ungarischen Abgeordnetenhauses über die Erhöhung der Zivilliste in Hofkreisen ernste Verstimmung. Man wisse bei Hof, daß es sich in Ungarn keineswegs um die zwei Millionen handle, die als Erhöhung der Zivilliste in Aussicht genommen sind, sondern vielmehr um die Schaffung eines eigenen ungarischen Hofstaates, allein die Art, mit der diesem Verlangen Ausdruck gegeben wird, erinnert sehr an die Heftigkeit, mit der im vorigen Jahre die Magyarisierung der Armee gefordert wurde, und wenn die Magyaren den Wunsch hegen, daß der Hof häufiger und länger als bisher in Ungarn weilen möge, so werde durch das scharfe Auftreten der ungarischen Opposition in dieser Frage der Hof gerade im Gegenteil von Ungarn abgeschreckt. Es heißt übrigens, daß die ganze Debatte auf eine geheime Abmachung zwischen Apponyi und Banffy zurückzuführen sei, wobei Apponyi aus verletzter Eitelkeit handle, weil sein Eintritt in das Kabinett im vorigen Jahre vom Hofe verhindert wurde, während Banffy schon seit längerer Zeit von Rachegefühlen gegen den Hof und die liberale Partei erfüllt ist.

Frankreich.

* **Ein Ultimatum an den Vatikan.** In dem am Mittwoch vormittag abgehaltenen Ministerrate machte Delcassé Mitteilung von der an den Vatikan gerichteten Note, in der die Zurückziehung der vom Vatikan direkt an die Bischöfe von Dijon und Laval gerichteten Schreiben verlangt und erklärt wird, daß, wenn diese Zurückziehung nicht erfolgt, die Beziehungen Frankreichs zum Vatikan abgebrochen werden. Delcassé teilte dies dem Sekretär des Nuntius in Paris mündlich mit.

* **Paris**, 20. Juli. Der letzte bekannte Barrikadenkämpfer der Juli-Revolution, Gelichet, ist, 94 Jahre alt, gestorben.

Schweiz.

* **Deutschfeindliche Kundgebungen in Lausanne.** Die „Tägl. Rundschau" veröffentlicht einen Brief aus Lausanne, in dem bittere Klage geführt wird über Belästigungen, welchen Deutsche dort ausgesetzt sind, wenn sie öffentlich von ihrer Muttersprache Gebrauch machen. Gemeine Beschimpfungen der deutschen Nation werden dann laut, Rufe wie à bas les sauckiffer! (Spottname der Deutschen und der Deutsch-Schweizer in der welschen Schweiz); au clou les Allemands! (an die Laterne mit den Deutschen!) Ein Vorfall dieser Art wird nächstens ein gerichtliches Nachspiel finden. Der deutsche Gesandte in Bern, Herr von Bülow, ist davon unterrichtet worden und wird jedenfalls der nicht unwichtigen Angelegenheit seine Aufmerksamkeit widmen.

Italien.

* **Ein feierlicher Fürbittgottesdienst für Leo XIII.** wurde am Mittwoch vormittag in der Peterskirche abgehalten. Der Papst, die Neffen Leos XIII., das diplomatische Korps, zahlreiche Kardinäle und gegen 5000 Personen wohnten ihm bei. Kardinal Agliardi zelebrierte die Messe. Der Papst segnete den Katafalk und sprach an dem provisorischen Grabe Leos XIII. ein kurzes Gebet.

Niederlande.

* **Das deutsche Geschwader** ist am Mittwoch früh in zwei Abteilungen nach Lerwick in Gegenwart von tausenden von Zuschauern abgefahren. Das Geschwader wird sich mit den in Vlissingen ankernden deutschen Schiffen auf hoher See vereinigen.

Großbritannien.

* **Eine lange Unterhaussitzung.** Die am Dienstag abend begonnene Sitzung des englischen Unterhauses dauerte am Mittwoch ½2 Uhr nachmittags immer noch fort, da die Opposition der Kohlensteuer heftigen Widerstand entgegenbringt. Die lange Dauer der Sitzung wird teilweise auf den Unwillen der Opposition über die Art zurückgeführt, wie die Regierung die parlamentarischen Geschäfte behandelt. Trotz der langen Dauer verlief die Sitzung in voller Ordnung. Ueber das Ende dieser ungewöhnlichen Sitzung erhalten wir folgende Drahtnachricht:

* **London**, 20. Juli. (Unterhaus.) Nach Schluß der Spezialdebatte über das Finanzgesetz erklärte Earl of Percy auf eine Anfrage, betreffend das Anhalten britischer Dampfer durch russische Schiffe, die Regierung erkenne an, daß die Angelegenheit von großer Wichtigkeit sei; es finde eine erschöpfende Untersuchung statt. Um 3½ Uhr vertagte sich das Haus nach einer Sitzung von 25 Stunden und 38 Minuten.

5. Kongreß christlicher Gewerkschaften.

Hg. **Essen** (Ruhr), 19. Juli.

Der Kongreß christlicher Gewerkschaften beschäftigte sich heute zunächst mit dem gesetzlichen Schutz der Heimarbeiter und Heimarbeiterinnen und nahm dazu eine Resolution an, welche im wesentlichen folgendes besagt:

Der 5. Kongreß der christlichen Gewerkschaften erkennt an, daß in der Hausindustrie im Laufe der Zeit sich schwere Mißstände herausgebildet haben, deren Ursache einerseits in der eigentümlichen Betriebsform und dem damit in Zusammenhang stehenden Unterbieten seitens der Arbeitskräfte, hauptsächlich aber in dem Umstand zu erblicken ist, daß im Gegensatz zur Fabrik- und Werkstattindustrie die Hausindustrie des gesetzlichen Schutzes fast vollständig entbehrt, und die Vorteile der sozialen Gesetzgebung den in der Hausindustrie beschäftigten Arbeitern nur zum geringsten Teile zu gute kommen. Der Kongreß sieht deshalb in einer gesetzlichen Regelung der Hausindustrie und eines ausreichenden Schutzes der darin beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen eine der nächsten und wichtigsten Aufgaben der gesetzlichen Sozialreform und fordert:

1) Baldigste Ausdehnung der Arbeiterversicherungsgesetzgebung auf die gesamte Hausindustrie unter Einfügung in die bestehenden Versicherungsorganisationen.

2) Erlaß von Schutzbestimmungen und Unterstellung der gesamten Hausindustrie unter die Gewerbeinspektion; eventuell sind besondere männliche und weibliche Aufsichtspersonen als Gewerbe- und Wohnungsinspektoren für die Hausindustrie zu ernennen.

3) Verpflichtung der Unternehmer und Zwischenmeister zur Listenführung über die von ihnen beschäftigten Hausgewerbetreibenden und Einführung von Lohnbüchern für alle Zweige der Hausindustrie, aus denen Art und Umfang der Arbeit, die vereinbarten Lohnsätze und der Verdienst des Zwischenmeisters zu ersehen sind. Auf Erfordern der Ortsbehörde oder der Gewerbeinspektion sind die Listen seitens der Unternehmer und Zwischenmeister und die Lohnbücher seitens der Hausgewerbetreibenden vorzulegen.

4) Gesetzliche Vorschriften über die Beschaffenheit der Wohnungen und Werkstätten der Hausgewerbetreibenden unter Berücksichtigung der allgemeinen Regeln der Wohnungshygiene in Verbindung mit der Wohnungsinspektion und unter Ausübung einer regelmäßigen Kontrolle.

5) Verbot der Mitgabe von Heimarbeit an Arbeiter und Arbeiterinnen, welche in Fabrik und Werkstätten in einer üblichen regelmäßigen täglichen Arbeitszeit beschäftigt sind.

6) Um der Herabdrückung der Löhne einerseits durch die Unternehmer, andererseits durch die Konkurrenz der Heimarbeiter und -Arbeiterinnen unter einander entgegenzuwirken, sind Institutionen zu schaffen (eventuell unter Anlehnung an die Gewerbegerichte), in denen Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichmäßig vertreten sind, durch welche der Mindestlohn und die sonstigen Arbeitsbedingungen für bestimmte Bezirke und Branchen rechtskräftig festgesetzt werden.

7) Die Ueberführung der Hausindustrie in Werkstätten und Fabrikbetriebe überall da, wo sie sich unter schwerer Gefährdung der Gesundheit der Produzenten oder Konsumenten vollzieht.

Zum Thema gesetzliche Einführung von Arbeiter-Ausschüssen in Fabriken wurde folgende Resolution angenommen:

Da die Einrichtung von Arbeiterausschüssen bei einem großen Teile der Unternehmer leider noch immer energischem Widerstande begegnet, so erachtet der Kongreß die gesetzliche Einführung derselben für Betriebe mit mehr als 20 Arbeitern als absolut geboten. Um dabei die Ausschüsse vor bloßem Scheindasein zu bewahren und ihnen praktische Bedeutung und Erfolge zu sichern, ist zu bestimmen, daß

1) die Mitglieder der Arbeiterausschüsse durch geheime direkte Wahl von den Arbeitern aus ihrer Mitte zu wählen sind, — in großen Betrieben aus den verschiedenen Arbeiterkategorien.

2) Mitglieder der Arbeiterausschüsse während ihrer Amtsdauer nicht entlassen werden dürfen, sofern nicht die Bestimmungen des § 123 der Reichs-Gewerbeordnung und gleiche Bestimmungen von Landesgesetzen, betreffend die Entlassung von Arbeitern vor Ablauf der vertragsmäßigen Arbeitszeit und ohne Aufkündigung, Platz greifen.

3) Die Arbeiterausschüsse die Befugnisse haben,

a. Anträge, Wünsche und Beschwerden der Mitarbeiter der Betriebe den Arbeitgebern vorzutragen und sich in Zusammenkünften mit letzteren über dieselben gutachtlich zu äußern;

b. in diesen Zusammenkünften über sonstige Fragen und Angelegenheiten, welche das Lohn- und Arbeitsverhältnis, insbesondere die Arbeitsordnung und Abänderung derselben betreffen, ihr Gutachten abzugeben;

c. in diesen Zusammenkünften auch die das Wohl der Arbeiter und ihrer Angehörigen betreffenden Verhältnisse und Fragen zu besprechen und sich gutachtlich darüber zu äußern;

d. die regelmäßigen Zusammenkünfte der Ausschüsse mit den Arbeitgebern tunlichst monatlich, mindestens aber vierteljährlich, stattfinden; im übrigen sind über die Tätigkeit und Zusammensetzung der Arbeiterausschüsse statutarische Bestimmungen zu treffen.

Der Kongreß ersucht die Staatsregierung und die gesetzgebenden Körperschaften im Sinne des Vorstehenden Arbeiterausschüsse gesetzlich einzuführen. Ferner fordert er die Kongreßteilnehmer auf, die Arbeiterschaft zur lebhaften Unterstützung dieser Bestrebungen anzufeuern."

Weiter wird zu dem im preußischen Landtag eingebrachten Gesetzentwurf zur Erschwerung des Kontraktbruchs ländlicher Arbeiter einstimmig beschlossen:

Der Kongreß protestiert auf das lebhafteste gegen jede direkte oder auf Umwegen die Arbeitsfreiheit der Landarbeiter einschränkende Gesetzesbestimmung."

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Die Wahl des Ortes für den nächsten Kongreß wird dem Ausschuß überlassen, worauf Landtagsabgeordneter Brust einen Rückblick auf die Verhandlungen gab, von denen er hoffte, daß sie der Gewerkschaftssache förderlich sein werden. (Beifall.) Er dankte allen Teilnehmern des Kongresses und den Gästen.

Der Vorsitzende Brust schloß um 7 Uhr die Versammlung mit einem Hoch auf den Arbeiterkaiser.

Morgen 8½ Uhr findet die Generalversammlung des Gesamtverbandes statt.

Aus Sachsen.

* **Dresden**, 20. Juli.

* **Falsche Gerüchte über ansteckende Krankheiten.** Zu den in Dresden aufgetretenen Gerüchten über eine Häufung ansteckender Krankheiten, insbesondere von Typhus und einheimischer Cholera, wird dem „Dr. Anz." von amtlicher Seite mitgeteilt, daß alle diese Ausstreuungen auf Unwahrheit beruhen und daß im Gegenteil der Gesundheitszustand der Stadt ein ganz ausgezeichneter genannt werden muß.

*

r. **Geithain**, 20. Juli. Der neugewählte Bürgermeister Herr Höfer wurde am Montag in sein Amt eingeführt.

(:) **Burgstädt**, 20. Juli. Aus Anlaß des Heimatsfestes und der König Albert-Denkmals-Weihe haben die Herren Gebrüder Meister-Chemnitz (ehemalige Burgstädter) der Stadt Burgstädt 2000 ℳ gestiftet. Ebenso stifteten die Herren Kommerzienrat Voigtländer-Tetzner und Friedensrichter Kreßner-Schweizerthal aus dem gleichen Anlaß je 2000 ℳ. — Das Königliche Kriegsministerium hatte die einzelnen Kommandos angewiesen, alle aus Burgstädt gebürtige Soldaten zur Teilnahme an den Burgstädter Festlichkeiten zu beurlauben, was auch geschehen ist. — Wie groß der Fremdenzufluß an den hiesigen drei Festtagen war, geht daraus hervor, daß am Sonnabend und Sonntag z. B. von den verschiedenen sächsischen Stationen aus über 7000 Rückfahrkarten nach Burgstädt verkauft wurden, außerdem wurden gegen 2000 einfache Fahrkarten gelöst. Nicht inbegriffen in diesen Zahlen sind die Durchgangsfahrkarten und die von nichtsächsischen Stationen aus nach Burgstädt gelösten Karten. Auf dem Chemnitzer Hauptbahnhof wurden allein über 2500 Fahrkarten nach Burgstädt verkauft. Viele Tausende kamen ferner zu Fuß, in Wagen und auf dem Stahlroß an.

-r. **Penig**, 20. Juli. Von dem abends 7 Uhr 38 Min. von hier nach Glauchau verkehrenden Personenzuge ist gestern zwischen hier und Wollenburg ein unbekannter Mann überfahren und getötet worden.

r. **Waldenburg**, 20. Juli. Eine hiesige Einwohnerin hatte unvorsichtiger Weise die unverkorkte Spiritusflasche neben den brennenden Spirituskocher gestellt. Die Folge war eine Explosion der Flasche, deren flammender Inhalt sich dann über die Frau ergoß, die dadurch schwere Brandwunden erlitt. Auch ihre zur Hülfe herbeieilende verheiratete Tochter wurde ebenfalls schwerverletzt.

— **Marienberg**, 18. Juli. Gestern vormittag ertrank beim Baden in einem der Schlettenteiche der Kaufmann Carl Hinkel. Herren, die die Absicht hatten, ebenfalls ein Bad zu nehmen, bemerkten im Badehäuschen Kleidungsstücke, die sie als diejenigen des Hn. erkannten. Sofort wurden, einen Unglücksfall befürchtend, Nachforschungen in dem an einzigen Stellen sehr tiefen Teiche angestellt, die auch von Erfolg gekrönt wurden. Einem als vorzüglichen Schwimmer und Taucher bekannten hiesigen Herrn gelang es, den Ertrunkenen von dem ca. 2 Meter tiefen Grunde emporzuheben, und mit Hilfe anderer wurde er an das Ufer gebracht. Wiederbelebungsversuche waren ohne Erfolg.

r. **Mülsen-St. Niklas**, 20. Juli. Ein Waldbrand vernichtete hier eine über ½ Acker große Anpflanzung. Dem tatkräftigen Eingreifen der Waldarbeiter gelang es, das dürre Gras zu entfernen, ehe auf ihm das Feuer den Hochwald erreicht hatte.

* **Crottendorf i. Erzg.**, 20. Juli. Bereits die fünfte Woche ist es, daß die Bluttat im Gemeindeamte begangen wurde. Verschiedene Lagerstellen in Wäldern und auf Feldern werden als Beweis erachtet, daß Schramm sich stets in der Nähe aufgehalten hat. Vor etwa acht Tagen hat man auf Cranzahler Revier eine Lagerstätte aufgefunden, auf der noch Wurstschalen und Papierreste umhergelegen haben. Unweit davon wurde ein durch einen Schuß getöteter Hund aufgefunden. Auf Neudorfer Revier unweit des Weges, welcher nach „Siebensäure" führt, wurde gestern in einem Dickicht ein in einer Erdmulde durch zusammengelegte Hanfsäcke hergerichtetes Lager entdeckt. Fortgesetzt durchstreifen die hiesige Gegend Polizeiorgane. Auch Einwohner von Crottendorf haben in größeren Trupps wiederholt schon die Wälder abgesucht, da man vermutete, daß der Gesuchte sich des Nachts auch nach dem Dorf begiebt, so werden in demselben beständig Posten ausgestellt. Die Gegend von Crottendorf und Neudorf erleidet beträchtlichen Schaden durch den in der gegenwärtigen unsicheren Zeit ausbleibenden Sommerfrischlerverkehr. Die Gemeinde wünscht sehr eine Durchsuchung der Wälder durch größere Militäraufgebote. Leider ist das damit verbundene finanzielle Risiko für den Ort ein sehr großes. — Der der Versorgung des Raubmörders Schramm mit Munitionsvorrat verdächtige Mann aus Kranzahl befindet sich übrigens wieder auf freiem Fuß. Angeblich ist er stets nur bemüht gewesen, an seinem Teile zur Ergreifung Schramms beizutragen.

12. Verbandstag deutscher Lohnfuhrunternehmer.

II.

Als nächster Punkt der Tagesordnung kam die Regelung des Verkehrs mit Kraftfahrzeugen und die Haftpflicht der Automobilbesitzer für Schäden an Personen und Sachen zur Besprechung, eingehend motiviert durch längere Referate und eine energische Aussprache der Herren J. Müßigmann-Frankfurt a. M., E. Lehmann-Dresden und Wilh. Fröhlich-Breslau usw. Es handelt sich hierbei um Herbeiführung einer generellen Ordnung und einer gesetzlichen Regelung der Haftpflicht, unter Aufstellung der Forderung des Verbotes von Wettfahrten auf öffentlichen Straßen, der Festsetzung einer Maximalgeschwindigkeit innerhalb von Ortschaften und auf offener Landstraße, der Anbringung von Geschwindigkeitsmessern, die jederzeit eine Prüfung gestatten und des Befähigungsnachweises der Kraftwagenführer. Wie der Vorstand in seiner Erklärung betonte, geht die Festsetzung einheitlicher Normen zur Regelung des Automobilwesens für das ganze Reich, nachdem sich die gesetzgebenden Körperschaften im Reich wie in den Bundesstaaten unzweideutig für eine baldige Regelung der Frage ausgesprochen und dabei die Auswüchse und Mißstände des sportmäßig betriebenen Automobilverkehrs scharf kritisiert haben, nahe heran. Da zunächst eine Konferenz von Regierungsvertretern und Mitgliedern der größeren Sportvereinigungen im Ministerium des Innern in Berlin über die zu ergreifenden Maßnahmen in Aussicht genommen ist, hat der Vorstand nach Bekanntwerden dieser Absicht das Ministerium ersucht, auch Vertreter des Fuhrgewerbes zu dieser Konferenz zuzuziehen, damit diese die gefährdeten Interessen ihres Berufes zur Geltung bringen und auf die Abstellung der unerträglichen Mißstände im Automobilverkehr hinweisen können. Die Versammlung hielt angesichts der Auswüchse des Automobilwesens mit voller Einstimmigkeit eine reichsgesetzliche Regelung des Verkehrs mit Automobilen auf öffentlichen Straßen für unbedingt notwendig und forderte den Vorstand auf, alle erforderlichen Schritte zu unternehmen, um diese Regelung herbeizuführen. Es kam dann die Frage des Droschkenwesens in seinem Verhältnis zu den Aufsichtsbehörden zur Sprache. Hier hatte der Vorstand mehrfach Veranlassung, für bedrängte Berufsgenossen, so in Hamburg und in Hannover, einzutreten und

Feuilleton.

Wissenschaft.

t. **Die Lösung der Krebsfrage.** Für die Erklärung der bösartigen Geschwülste beherrschte bis jetzt die medizinische Wissenschaft die Theorie von Virchow, welche später Waldeyer und Thiersch fortgeführt haben, der zufolge die Zellen des Krebses und der Sarkome (Fleischgeschwülste) durch Umbildung aus den Zellen des menschlichen Körpers hervorgehen sollten. Die Ursache der Umbildung wurde von vielen Forschern in Bakterien, Protozoen usw. gesucht. Dr. Kelling in Dresden, dem eine neue Lösung des Krebsproblems gelungen ist, erklärte schon in einem Vortrag, den er anfangs Mai 1903 in der Dresdener medizinischen Gesellschaft gehalten hat, daß die Theorie der Umbildung der Körperzellen als Ursache des Krebses vollkommen unhaltbar ist, schon deswegen, weil niemals solche Umbildungen zu beobachten sind, weil ferner die Geschwülste nur aus sich herauswachsen und weil garnicht so selten Krebsgeschwülste vorkommen, deren Zellenart sich vom Orte ihrer Entstehung absolut nicht ableiten läßt. Kelling kam vielmehr zu der Ansicht, daß die Krebszelle eine dem Körper fremde Zelle sei, und daß das Wesen der bösartigen Geschwülste auf parasitärer Wucherung derartiger Zellen beruhe. Es wurde nun weiter untersucht, wie tierische Zellen lebend in den Körper des Menschen hineinkommen. Das ist tatsächlich sehr häufig der Fall. Wir erinnern hier nur an Stiche von Flöhen, Mücken, Fliegen, welche verschiedene tierische Wesen nacheinander besaugen und stechen, an Fliegenlarven im Obst und Käse und an den Genuß von rohen Eiern, die im Sommer häufig angebrütet gegessen werden, sodaß hier die Zellen des Hühnerembryos lebend in den Magen und Darm des Menschen hineinkommen. In einem zweiten Vortrag, den Kelling Ende April dieses Jahres in der Dresdener medizinischen Gesellschaft gehalten hat, demonstrierte er nun bösartige Geschwülste, die er an Hunden künstlich erzeugt hatte, durch Einspritzung von embryonalen Hühnerzellen, wie sie beim Genuß roher Eier eingeführt werden. Daß nun aber wirklich Krebsgeschwülste beim Menschen auf diese Weise entstehen, das konnte Kelling durch eine andere Methode einwandsfrei nachweisen, nämlich durch die biochemische Untersuchung des Eiweißes bösartiger Magengeschwülste. Es zeigte sich nämlich, daß sie hauptsächlich aus embryonalem Hühnereiweiß bestanden. Diese Patienten hatten Magengeschwüre gehabt und regelmäßig rohe Eier gegessen, wonach sie später Magenkrebs bekamen, so daß auch hier die Beweiskette vollständig ausgeschlossen ist. Die Frage nach der Ursache des Krebses ist damit im Prinzip und für den Magenkrebs auch im speziellen gelöst. Das wir uns des Genusses von rohen Eiern, die wir als Ursache des Krebses gefunden haben, enthalten müssen, ist selbstverständlich. Es ist nun zu hoffen, daß die Forscher, welche sich mit der Krebsfrage beschäftigen, besonders die zu diesem Zweck geschaffenen Institute und sachmännische Ausschüsse, sich der neuen Theorie des Zellparasitismus mit Eifer annehmen werden, zumal sich von ihr in Bezug auf Prophylaxe und Therapie viel erwarten läßt und sie auch schon positive Resultate gezeigt hat, während die alte Theorie der Umbildung und das Forschen nach Bakterien trotz der Arbeit eines halben Jahrhunderts bis jetzt noch zu keinem Ergebnis in Bezug auf die Ursachen der bösartigen Geschwülste geführt hat.

Literatur.

Db. **Schiller-Denkmäler.** Die bevorstehende Gedenkfeier für Schiller (9. Mai 1905) hat in vielen Orten den Wunsch rege gemacht, den großen Volksdichter durch Denkmäler zu ehren. Es ist sogar der wohlgemeinte Gedanke aufgetaucht, bei diesem Anlaß eine Statue oder Büste Schillers in guten Abgüssen zu verbreiten, ein Vorschlag, der den neuzeitlichen Anschauungen vom Denkmalwesen allerdings schnurstracks zuwiderläuft. Die Zeit der von den Fabriken auf den Markt geworfenen Tuzenddenkmäler ist glücklicherweise vorbei. Die Ueberzeugung bricht sich allenthalben Bahn, daß man nicht den Ort für eine Statue suchen darf, sondern das Erz- oder Steinbild aus der Beschaffenheit des Ortes, wo es stehen soll, gleichsam hervorwachsen lassen muß. Nichts schrecklicher, als wenn uns in allen deutschen Städten das nämliche Schillerdenkmal anstiert. Vielmehr ist anzustreben, daß jede Stadt ihr individuelles, dem geistigen oder architektonischen Charakter des Ortes angepaßtes, bezw. aus ihm heraus gestaltetes Denkmal habe. Ein solches Denkmal braucht aber keineswegs immer nur ein Standbild oder eine Büste zu sein, die von Künstlerhand in das Milieu des Orts eigens hineinkomponiert werden müssen und darum namhafte Kosten verursachen. Eine sehr würdige Ehrung wäre z. B. die Errichtung eines Denksteins, z. B. eines rohen unbehauenen Steinblockes mit einer einfachen Widmungstafel. Eine Stadt, die daran geht, einen neuen Brunnen zu bauen, könnte ihn zum „Schillerbrunnen" weihen, etwa mit dem Motiv: „An der Quelle saß der Knabe". Verschönerungsvereine könnten eine „Schillerlinde" oder lieber gleich einen kleinen „Schillerhain" pflanzen; ein Aussichtspunkt könnte eine „Schillerwarte" bekommen; durch Waldesdichte schlägt man einen „Schillerblick" in ein schönes Tal. Eine neue Straße oder Brücke in der Stadt wird nach Schiller benannt, ein bequemer, wohlgepflegter Spazierweg im Freien zu seinem Gedächtnis angelegt. Oft kann es genügen, eine freundliche Ruhebank Schillers Andenken zu widmen. Eine Wohlfahrtseinrichtung, die Schillers Namen trägt, bedeutet jedenfalls eine bessere Ehrung, als wenn man die Stadt mit einer zwecklosen Ramschfabrik verunziert, die durchreisende Leute von Geschmack zum Lachen reizt und den Ortsbewohnern in kurzer Zeit gründende Langweile bereitet. Denn den Bürger von X. kann doch ein „Wahrzeichen" nicht freuen, das er in der Nachbarstadt Y. oder Z. genau so wiederfindet, sondern nur ein individuelles Denkmal, das er allein zu Hause hat und kein anderer, auf das er stolz sein kann und das er dem Besucher zeigen darf, ohne die Bemerkung gewärtigen zu müssen: „Ach ja, das kenn' ich ja schon von da und da! Modell 234, zweihundert Kronen, nicht wahr? Ja, damals im Schillerjahr gab es wegen des Massenabsatzes ermäßigte Preise!" Man denke nur, wie's mit den Kaiser Josef-Denkmälern gegangen ist. Aus den hier gemachten und durchaus nicht erschöpfenden Andeutungen aber erhellt, daß es mannigfache Möglichkeiten gibt, den 100. Todestag Schillers durch öffentliche und bleibende Gedächtnisakte zu begehen, Möglichkeiten auch für die kleinsten Gemeinden, sich an der, die Gesamtheit der deutschen Nation berührenden Feier irgendwie zu beteiligen und deren Wert keineswegs mit der Höhe des Aufwandes steigt; wenn anders wir überhaupt Denkmäler der Liebe und nicht Denkmäler unseres Geldsackes zu setzen vorhaben.

△ **Sprachverbesserung im Heer.** Das „Berl. Tagebl." schreibt: Erfreulicherweise sind neuerdings auch die deutschen Heeresverwaltungen bemüht, das Ihrige zu tun, um die deutsche Sprache nach Möglichkeit von überflüssigen Fremdwörtern zu befreien. Ein Beweis für dieses Bestreben liegt in der vor einiger Zeit neu herausgegebenen „Dienstordnung für die Kriegsakademie" vor. In ihr finden sich nach der „Zeitschrift des allgemeinen deutschen Sprachvereins" folgende Verdeutschungen bisher üblicher Fremdwörter: Oekonom = Speisewirt; Honorar = Vergütung; hospitieren = umschrieben durch: Zulassung ohne Prüfung; Bureau = Geschäftszimmer; Referent = Berichterstatter; Programm = Plan; Resultate = Ergebnisse; Hygiene = Gesundheitspflege; Bureaudiener = Kanzleidiener; Kursus = Lehrgang; Cötus = Lehrstufe; Charge = Rang; Geographie = Erdkunde; ökonomisch geordnete Verhältnisse = geordnete Geldverhältnisse; Uebersetzung eines deutschen Diktats = Uebersetzung aus dem Deutschen; Instruktionsfahrt = Belehrungsfahrt; unter Klausur = unter Aufsicht; Instrumente = Geräte. Man bleibt aber bei der bloßen Fremdwörteraustmerzung nicht stehen, sondern sucht auch sonst die Sprache der Dienstvorschriften zu bessern, wo es nur geht. So findet sich in der ebenfalls vor kurzem neu herausgegebenen „Friedensverpflegungsvorschrift" durchweg die Verbindung „sowie" durch „und" ersetzt. Zum Beispiel ist gesagt statt: „den Gehaltsempfängern sowie denjenigen Mannschaften, welche": „den Gehaltsempfängern und den Mannschaften, welche". Ferner findet sich: „die Beköstigungsportion ist entweder eine kleine oder eine große" statt: „die Beköstigungsportion zerfällt in die kleine und die große"; „. . . . erfolgt nie Zuteilung der Remonten aus den Remontedepots" statt: „. . . . seitens der Remontedepots." Statt des langen Satzes: „Jeder Löhnungsempfänger, gleichviel ob er dem Friedensstande angehört oder aus dem Beurlaubtenstande eingezogen ist, hat Anspruch" ist einfach gesagt: „Jeder Löhnungsempfänger des Friedens- und Beurlaubtenstandes hat Anspruch" usw. Hoffentlich fahren die deutschen Heeresverwaltungen in der löblichen Arbeit der Verbesserung ihrer Amtssprache fort und entschließen sich unter anderem auch eines Tages, die Verhältniswörter „welcher", „welche", „welches" durch die besseren „der", „die", „das" zu ersetzen und die schauderhaften, papiernen „derjenige", „diejenige", „dasjenige" völlig verschwinden zu lassen.

Kunstkalender für Leipzig.

Theater.

Leipziger Stadttheater. Im Alten Theater wird heute Millöckers Operette „Gasparone" gegeben mit Fräulein Hildegard Wegner vom Deutschen Theater in Bremen als Gast in der Partie der Carlotta. Fräulein Richard singt zum ersten Male die Partie der Sara. — Morgen findet die dritte Aufführung von Bruno Eelbo's Drama „Arminfried" statt.

Zentraltheater. Die Vorstellungen des tollen Schwankes „Gastons Hochzeitsnacht" neigen ihrem Ende zu; die letzten Proben der Novität „Der keusche Cajimir" finden bereits statt, so daß das Stück in 1 bis 2 Tagen zur Aufführung reif sein wird.

Sommertheater Drei Linden. Heute, Donnerstag, geht das historische Lustspiel von Hermann Hersch „Die Anna-Liese" in Scene. Die Besetzung ist die gleiche wie bei der Erstaufführung. Morgen findet die letzte Aufführung der Gesangsposse „Seine Kleine" statt.

SLUB
Wir führen Wissen.